SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Will Russland die "weiche Eindämmung" Amerikas? Die Weltordnung nach dem Irak-Krieg

Rahr, Alexander; Luchtai, Alexandra

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Rahr, A., & Luchtai, A. (2003). Will Russland die "weiche Eindämmung" Amerikas? Die Weltordnung nach dem Irak-Krieg. *GUS-Barometer*, *9*(33), 1-6. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-130923

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Körber-STIFTUNG Forum für Impulse
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

GUS-Barometer

Herausgegeben von der Körber-Arbeitsstelle Russland/GUS zur Unterstützung des Petersburger Dialogs.

April 2003 | Nr. 33 | 9. Jahr

Die Weltordnung nach dem Irak-Krieg

Will Russland die „weiche Eindämmung“ Amerikas?

Russland möchte in der Weltordnung nach dem Irak-Krieg auf der Seite des Siegers stehen und meint, dieses Ziel eher in einer deutsch-französisch-russischen Anti-Kriegskoalition erreichen zu können. Offensichtlich liegen die Prioritäten Russlands nicht mehr im Ausbau der nach dem 11. September 2001 erfolgreich begonnenen strategischen Partnerschaft und Anti-Terrorkooperation mit den USA, sondern in der Verhinderung des Durchbruchs Amerikas zur alleinigen Weltherrschaft.

Russland vollzieht im Irak-Konflikt einen immer größeren Spagat. Einerseits profiliert sich Moskau als heftigster Kriegsgegner in Europa, bemüht sich jedoch gleichzeitig um die Beibehaltung der pragmatischen Partnerschaft mit Washington.

Michael Wines schrieb in der New York Times: „Versuchen wir, uns in die Lage des russischen Präsidenten Wladimir Putin zu versetzen. Russlands ökonomische Wiedergeburt und sein globaler Status, Putins persönliches politisches Schicksal, hängen in großem Maß von der hoch gepriesenen Partnerschaft mit den USA ab. Aber die nächsten Präsidentschaftswahlen stehen vor der Tür und die Russen erblicken hinter der Fassade der Romanze mit den USA den einseitigen Ausstieg der USA aus dem ABM-Vertrag, das Vordringen der NATO an Russlands Haustür in Europa und die Errichtung amerikanischer Militärbasen im ehemaligen südlichen Teil des Imperiums. Nun ignorieren die Amerikaner die russischen Proteste und besetzen den Irak, das einzige Land im Nahen Osten, wo Russland noch über wirtschaftlichen und politischen Einfluss verfügt.“

Der russische Verteidigungsminister Sergej Iwanow erklärte, Moskau lehne den Irak-Krieg nicht aus ökonomischen Gründen, sondern aus Angst vor negativen Folgen für die globale Weltlage ab. „Saddam ist nicht unser Freund, auch kein Bruder für uns, und er wird uns seine Schulden niemals zurückzahlen“, so Iwanow (Komsomolskaja prawda 1. April 2003), aber für Russland geht es um den Präzedenzfall: „heute mögen die Amerikaner den Irak nicht, morgen Syrien, dann den Iran, Nordkorea und schließlich was – alle anderen?“

Dmitrij Rogozin, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Duma und Putins Sonderbevollmächtigter für Kaliningrad, plädiert für eine stärkere Emanzipation Europas von Amerika.

Impressum

Herausgeber: Körber-Arbeitsstelle Russland/GUS. Eine gemeinsame Einrichtung der Körber-Stiftung, Hamburg und des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin. Redaktion: Alexander Rahr | **Anschrift:** Rauchstraße 17-18, 10787 Berlin, Telefon 030 · 254231-54, Fax 030 · 254231-68, E-Mail gus@dgap.org, Internet www.dgap.org und www.koerber-stiftung.de

Der Schwenk Putins zu den Amerikanern nach dem 11. September 2001 hätte, so die kritischen Stimmen in Russland, Moskau zunächst zwar die einzigartige Perspektive einer neuen historischen und strategischen Freundschaft mit den USA vor Augen gehalten. Doch im Nachhinein hätte die amerikanische Seite ihre Versprechungen nicht eingelöst. Die ominöse Jackson-Vanik Klausel – ein Überbleibsel aus dem Kalten Krieg –, die Handelsbeschränkungen gegen Russland auferlegt hat, wurde vom US-Kongress trotz persönlicher Intervention von George W. Bush nicht abgeschafft. Es waren die Briten, nicht die Amerikaner, die mit BP in diesem Jahr die größte Auslandsinvestition in Russland tätigten. Die hoch gepriesene amerikanisch-russische Energieallianz steht vorerst doch nur auf dem Papier und nötigte die russischen Oligarchen, ihr Augenmerk wieder Richtung asiatische Märkte zu lenken.

Doch für viele liberale Politiker war das russische Vorpreschen in der Anti-Kriegskoalition gegen die Amerikaner zu aggressiv. Die offen zur Schau getragene Schadenfreude über die militärischen Probleme der Amerikaner im Irak sei für die langfristigen russischen nationalen Interessen schädigend. Was hätte Russland von einer Niederlage der USA, die Umfragen zufolge von 80 Prozent der russischen Bevölkerung erhofft würde, fragte in der Moscow Times der Politologe Andrej Piontkowskij. Sollte der Irak wider Erwarten siegen, würde die Gefahr des islamischen Extremismus gerade für ein Land wie Russland schlimmer, Massenvernichtungswaffen würden gegen Russland gerichtet werden, Amerika würde sich dem Isolationismus verschreiben und das Vakuum in der Weltpolitik würde nicht von Russland, sondern von China ausgefüllt werden. Andere Moskauer Liberale fragten sich, ob Putins „außenpolitische Revolution“, die er nach dem 11. September 2001 durch den schnellen Beitritt zur amerikanischen Anti-Terrorkoalition vollzogen hatte, sich im Nachhinein nur als taktische Finesse entpuppte, um Russlands Status in der Weltpolitik kurzfristig mit amerikanischer Hilfe zu festigen, um dann, eigenen Reflexen und Xenophobien folgend, den weiteren Ausbau der russischen Weltmachtstellung wieder durch eine Rivalität mit Amerika zu bewerkstelligen.

Vom Ausland kaum bemerkt, hatten sich in der russischen Innenpolitik kurz vor Beginn des Irak-Krieges zwei wichtige Ereignisse zugetragen, die ihren Stempel auch dem Verhalten Putins aufdrückten. In Russland veränderte sich durch eine Regierungsumbildung die bisherige Machtkonstellation. Der ehemalige KGB (FSB) erhielt durch die Zusammenlegung anderer Dienste seine Machtfülle aus sowjetischer Zeit zurück. Politisch gestärkt wurde auch das Innenministerium. Die Stärkung des „Systems Putin“ nimmt vor den Präsidentschaftswahlen 2004 weiter seinen Lauf (siehe neueste Russlandstudie der Deutsche Bank Research). Die russischen Geheimdienste, die Russlands Außenpolitik in einer Weise mitgestalten wie noch nie in der jüngsten Geschichte, waren nie Anhänger des Putinschen Schwenks Richtung George W. Bush gewesen. Geschwächt wurden die Oligarchen, die in letzter Zeit aktiv für die Orientierung nach Amerika plädiert hatten.

Das zweite bedeutsame Ereignis war das Referendum in Tschetschenien, mit dem Russland seinen zweiten Tschetschenienfeldzug ein für allemal zu legitimieren gedachte. Die russische Regierung bewertete das Votum Ende März als breite Zustimmung der Tschetschenen für einen Verbleib in der Russischen Föderation. Da auch die EU und die USA das Referendum anerkannten, fühlt sich Moskau gestärkt, künftige Kritik an der „Befriedung“ Tschetscheniens zurückzuweisen – und das in einer Zeit, da Amerika im Irak-Krieg mit dem Bombardements Bagdads sowie der Errichtung von Internierungslagern dieselben Taktiken anwendet wie Russland im Tschetschenienkrieg.

Beide Entwicklungen stärkten nicht die liberalen, sondern die Großmachtpolitiker im Kreml. Für die Letzteren war es demütigend, zur Bedeutungslosigkeit verdammt zu werden, während der ehemalige Erzrivale USA über einen Krieg seine Machtposition in der Weltpolitik vergrößerte. Putin mag verspürt haben, dass er sich von den traditionell Amerika-kritischen Ansichten seines Establishments zu sehr entfernt hatte und sich durch ein weiteres Festhalten am pro-amerikanischen Kurs während eines unpopulären Irak-Krieges in eine gefährliche innenpolitische Isolation hineinmanövrieren könnte. Die Financial Times glaubt, dass Putin in seiner bisherigen Präsidentschaft schon genug revolutionäre Einschnitte in die Politik seines Landes gemacht hätte, um nur die Beispiele Legalisierung von Privatbesitz an Grund und Boden, die jetzt beginnende Kommunalreform zu nennen. So kurz vor den Präsidentschaftswahlen will er keine unnötigen Risiken eingehen und im

Wahlkampf eher die Anti-Kriegskarte spielen, die seinem politischen Partner Bundeskanzler Gerhard Schröder in Deutschland zum Wahlsieg verholfen hatte.

Der Weg zur Anti-Kriegskoalition

Bis zur Reise Putins nach Berlin und Paris im Februar 2003 schien es so, als ob Russland – angesichts der Vorteile, die ihm die strategische Partnerschaft mit Amerika in der internationalen Anti-Terrorkoalition bescherte – bei einer Abstimmung im UN-Sicherheitsrat zum Irak-Krieg kein Veto einlegen würde. Die Bush-Administration war sich sicher, dass für Putin die Kooperationsperspektiven im neu erschaffenen „NATO—20– Rat", in einer globalen Energieallianz (welche die OPEC ersetzen sollte), sowie bei der Kontrolle über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen bedeutsamer wären, als das Risiko einer Konfrontation wegen Saddam Hussein. Mit Genugtuung registrierte man in Washington Ende Januar 2003, dass Putin während seiner Reise nach Kiew den irakischen Diktator davor warnte, die UN-Inspektoren bei ihrer Arbeit zu behindern.

Doch im Februar 2003 gelang es Schröder und Jacques Chirac, Putin für eine gemeinsame Anti-Kriegshaltung zu gewinnen. In Berlin warnte Putin noch vor antiamerikanischen Stimmungen in Europa, doch vom französischen Boden aus drohte er zum ersten Mal den Amerikanern offen mit dem Veto. Ende Februar entwickelte Moskau, das sich bisher in der Irak-Frage passiv gezeigt hatte, eine rege Diplomatie. Der Kreml schickte Ex-Premier und Geheimdienstchef Ewgenij Primakow, wie schon während des ersten Golfkrieges vor zwölf Jahren, zu einer Geheimmission nach Bagdad. Vermutlich sollte Primakow bei Hussein ausloten, unter welchen Bedingungen der Diktator ins Exil gehen oder ein massiveres UN-Inspektorenregime für sein Land akzeptieren würde.

Gleichzeitig entsandte Putin seinen einflussreichen Kanzleichef Alexander Woloschin nach Washington, wo sich dieser mit der gesamten amerikanischen Führung, einschließlich Bush, traf. Woloschin, in der Kremlhierarchie höher als Außenminister Igor Iwanow angesiedelt, sollte, so der Kremlberater Sergej Karaganow, den Amerikanern Putins Interesse an der Fortsetzung der pragmatischen Partnerschaft in der Welt nach dem Irak-Krieg zusichern. Moskau befürchtete größere Einbußen für die eigene Wirtschaft als Folge des Krieges: die Ölpreise würden langfristig sinken, Russland seine mit Saddam Hussein abgeschlossenen Ölförderungs- und Industrielieferverträge verlieren, insgesamt würden sich die Verluste Russlands durch den Regimewechsel in Bagdad auf 48 Milliarden US-Dollar belaufen (Nezawisimaja gazeta, 27. März 2003).

Außer Woloschin unternahm auch der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Föderationsrates, Michail Margelow, Ende Februar den Versuch, in Washington für den Fortbestand der Anti-Terrorkoalition im Mittleren Osten zu werben, auch unter Einbeziehung des „NATO-20-Rates". Zum selben Zeitpunkt kam Schröder zur Stippvisite nach Moskau, um Putin unter vier Augen weiter auf den Anti-Kriegskurs einzuschwören, denn die Franzosen waren in Bezug auf Putins wahre Position skeptisch geworden und fürchteten ein Umfallen. Gleichzeitig versuchte Außenminister Iwanow in Beijing, die Chinesen ebenfalls zu einer Veto-Haltung zu bewegen, damit Moskau nicht Gefahr lief, mit seiner Ablehnung im UN-Sicherheitsrat allein dazustehen.

Russland an der Spitze der Anti-Kriegskoalition

Schließlich reiste auch der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der Duma, Dmitrij Rogozin, nach Berlin, um noch einmal die deutsche Anti-Kriegshaltung auszuloten. Der Kreml konnte der Verlockung nicht widerstehen, sich der überraschend öffnenden deutsch-französischen Anti-Kriegsfront gegen den Erzrivalen USA anzuschließen.

Im Kosovo-Krieg vor vier Jahren hatte Boris Jelzin im UN-Sicherheitsrat noch die alleinige Kriegsopposition gebildet, was zur fatalen Selbstisolation Russlands geführt hatte. Nach dem Kosovo-Krieg erhielt Russland noch nicht einmal einen eigenen Sektor in der internationalen Friedensmission zugesichert. Im Irak-Krieg schaffte es Putin, mit Hilfe Deutschlands und Frankreichs, Amerika im Sicherheitsrat zu isolieren. Angespornt von den Traditionalisten im Kreml mag er davon träumen, künftig gemeinsam mit den beiden stärksten Mächten des alten Kontinents ein Regime zur „weichen Eindämmung" Amerikas zu installieren.

Konkret möchte Russland mit Frankreich und Deutschland auf eine Stärkung des UN Sicherheitsrates in der Weltordnung nach dem Irak-Krieg hinwirken, über das Instrument der UNO die USA an der alleinigen Kontrollausübung über den Irak hindern,

eigene wirtschaftliche Interessen im Irak wahrnehmen, auf dem europäischen Kontinent auf eine Schwächung der NATO sowie eine Stärkung der eigenständigen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik hinarbeiten, an der Russland mitbeteiligt werden konnte. Moskaus Kalkül: Die Feindseligkeiten als Folge eines längeren Krieges der USA und Briten würden so groß werden, dass sich die gesamte arabische Welt gegen die Kriegskoalition auflehnen könnte und die Amerikaner mit der Entmachtung Saddam Husseins zwar die Kastanien aus dem Feuer geholt haben würden, aber Russland die Friedensdividende einstreichen könnte. Sollte es Russland im Verbund mit Frankreich, Deutschland, China und anderen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates doch noch gelingen, gegen den Willen der Amerikaner nach Beendigung des Krieges im Irak wirtschaftlich Fuß zu fassen und mit eigenen UN-Blauhelmtruppen die Friedenssicherung zu übernehmen, wäre der Coup perfekt. In diesem Bemühen glaubt Russland Deutschland und Frankreich an seiner Seite zu haben, sonst hätte der Kurswechsel keinen Sinn. Die Kanzlerrede vor dem Deutschen Bundestag zur Irak-Krise Anfang April verstärkte Putin in diesem Glauben.

Doch hat dieser Kurswechsel tatsächlich stattgefunden? Während Außenminister Iwanow Amerika attackiert, will Putin keinen Streit mit Amerika. Am 3. April erklärte er in Tambow, Russland bleibe in der Anti-Terrorkoalition mit den USA. Eine Niederlage der USA im Irak würde verheerende Folgen für die russische Wirtschaft haben. Putin betonte, die USA und Russland hätten als Atommächte die Pflicht, Stabilität in der Welt zu sichern. Zuvor hatten die USA Russland bezichtigt, Saddam Hussein unter Umgehung der UN-Sanktionen mit Militärlieferungen unterstützt zu haben. Moskau wies die Vorwürfe scharf zurück. Die vom Kreml kontrollierten Führungen des Föderationsrates und der Duma ließen in ihren Kammern zunächst keine Verurteilung Amerikas zu, aber die Duma ratifizierte trotzdem nicht den neuen Atomabrüstungsvertrag mit den USA.

Irak-Krieg spaltet die GUS

Der Irak-Krieg spaltete nicht nur den UN-Sicherheitsrat, die NATO und EU, sondern auch die GUS. Einige kaukasische und zentralasiatische Länder und die Ukraine sahen für sich die Perspektive kommen, durch Treueschwüre an die Adresse Washingtons die Tür zur NATO aufzustoßen. Die politischen Eliten dieser Länder betrachteten Amerika, nicht Russland als ihre Schutzmacht von morgen. Und das, obwohl Putin in den vergangenen Monaten die Wirtschaftsunion mit einigen der reintegrationswilligeren Staaten, unter anderem auch der Ukraine, in die Wege leiten und das tot geglaubte kollektive Verteidigungsbündnis der GUS mit Stabsquartier in Moskau wieder aufrichten konnte.

Ende Februar 2003 unterzeichneten Russland, Belarus, Kasachstan und die Ukraine in Nowo Ogarewo bei Moskau, wo seinerzeit im Frühjahr 1991 die Umwandlung der UdSSR in eine Konföderation beschlossen worden war, eine Absichtserklärung zur Gründung einer gemeinsamen Wirtschaftsunion. Sie soll, nach Aussagen der unterzeichnenden Staatschefs, die „höchste Stufe der Integration der gesamten Geschichte der post-UdSSR werden“ (Ukrainskaja prawda, 23. Februar 2003). Kurz zuvor gelang es Putin, die Präsidentschaft des GUS-Rates an den ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma zu übertragen und die Ukraine damit enger an die Gemeinschaft zu binden.

Außenminister Iwanow hatte Ende 2002 in einem Artikel in der Rossijskaja gazeta zwei Errungenschaften der russischen Außenpolitik für das vergangene Jahr besonders gepriesen: Die neue strategische Partnerschaft mit den USA und die Zementierung der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SchOS), in der Russland, China, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan gemeinsam gegen den islamischen Extremismus kämpfen. Letztere solle Russlands Integration in die sicherheitspolitischen Strukturen Asien fördern. Moskau bemüht sich seit einiger Zeit um den Beitritt von Indien und Pakistan zu diesem Bündnis. Damit könnte Moskau seine Rolle als Vermittler im indisch-pakistanischen Konflikt stärken. Ende Februar 2003 deklarierte Iwanow bei seinem Besuch in China die SchOS zur „entscheidenden Stütze einer künftigen multipolaren Weltordnung“, als wichtigen Partner der UNO im internationalen Anti-Terrorkampf.

Soll die SchOS nach Meinung Iwanows zu einer Neuauflage des Primakowschen „Dreiecks Moskau — Beijing — Neu Delhi“ werden, neben der europäischen „Achse Berlin—Paris—Moskau“ eine asiatische Komponente der Politik der „weichen Eindämmung“ Amerikas?

Russland beobachtet mit einigem Argwohn, dass die USA ihre Militärbasen in Zentralasien, die sie kurzfristig zum Krieg gegen die Taliban und Al Quaida in Afghanistan nutzten, nach Beendigung der erfolgreichen Militäroperation nicht auflösten, sondern sich in der Region festsetzten. Inzwischen konnte Moskau Kirgisistan und teilweise Tadschikistan wieder aus dem amerikanischen Bündnis herausbrechen. In der Irak-Frage stellten sich Bischkek und Duschanbe an die Seite Moskaus. Russland hat nun eigene Truppenverbände in Kirgisistan stationiert. Versuche Russlands, die Zusammenarbeit der USA mit dem strategisch wichtigen Usbekistan zu unterminieren, misslangen. Die USA „entschädigten" Usbekistan mit 200 Millionen Dollar, die Russland nicht bezahlen konnte. Inzwischen haben die USA auch ihre Präsenz in Georgien verstärkt, wo sie georgische Eliteeinheiten für den Terrorismuskampf ausbilden. Amerikanische Spionageflugzeuge patrouillieren zur Entrüstung Moskaus an der georgisch-russischen Grenze. Im Kreml befürchtet man, dass die USA den Georgiern bei einem möglichen Konflikt um die abtrünnige Republik Abchasien helfen und damit in eine direkte Konfrontation mit Russland verwickelt werden könnten.

Diese Gemengelage könnte fatale Folgen für die sensible Ölregion des Kaspischen Meeres haben. Im vergangenen Jahr schien es, als ob Russen und Amerikaner dem so genannten „Great Game" abgeschworen und gemeinsam diese Region als Alternative zu den Öllieferungen vom Persischen Golf installieren wollten. Als Folge des Irak-Krieges könnten die amerikanisch-russischen Rivalitäten im Kaukasus und in Zentralasien wieder vehement zum Tragen kommen – zum Leidwesen der Europäer.

Prognose

Falls sich in Russland die Meinung verfestigt, den USA gehe es in der globalen Anti-Terrorkoalition weniger um die Bekämpfung potenzieller Terroristenstrukturen als um Hegemonie und unilateralen Weltmachtanspruch auf Kosten der UNO, wird das Land aus der strategischen Partnerschaft mit Washington ganz ausscheren. Dann wird Moskau versuchen, zusammen mit Deutschland und Frankreich, China und Indien ein Gegengewicht zu den USA zu formieren. Eine solche Entwicklung würde die transatlantische Gemeinschaft durch eine eurasische Partnerschaft ersetzen, an die in Deutschland keiner glauben möchte, die aber in Russland und Frankreich Fürsprecher hat.

Stehen wir vor gravierenden politischen Umwälzungen in Europa? Auf welcher Basis könnte eine „Achse Berlin-Paris-Moskau" in einer Welt nach dem Irak-Krieg überhaupt Bestand haben? Wie können sich die Partner gegenseitig stärken? Sollte sich Putin mit Bush über Irak zerstreiten, müsste sich Russland in Zukunft allein auf europäische Hilfe bei der Modernisierung der Wirtschaft verlassen.

Schröder sieht das enge deutsch-russische Krisenmanagement in der Irak-Frage als „zukunftsweisend". Zum einen könnte die Energieversorgung Europas mit russischem Öl und Gas ausgeweitet werden. Zum anderen scheint Schröder mit Putin die Idee der Gründung eines EU-Russland-Sicherheitsrates besprochen zu haben, welcher den bestehenden NATO-Russland-Rat komplimentieren, im Falle einer künftigen Marginalisierung der NATO, sogar ersetzen könnte. Im russischen Fernsehen hieß es, Berlin könnte Putins Wunsch nach der Abschaffung von Visen für Russen in die EU prüfen. Sergej Nedoroslew, Chef des Flugzeugkonzerns „Kaskol", sprach im Januar in der DGAP ausführlich über eine russisch-europäische Allianz bei der Flugzeugproduktion. Aber wie würde das restliche Europa auf diese Hinwendung Deutschlands und Frankreichs nach Russland reagieren? Könnten sich Berlin, Moskau und Paris gegen das an Amerika orientierte übrige Europa überhaupt durchsetzen, ohne einen ernsthaften Riss innerhalb der NATO und EU zu riskieren?

Der Gedanke, die USA würden ihre Schutzmachtfunktion für Deutschland und Frankreich aufgeben, was EU-Kommissionspräsident Romano Prodi kürzlich anmerkte, und beide Länder müssten ihr sicherheitspolitisches Schicksal mit der anderen Atommacht Russland verbinden, erscheint noch absurd. Fest steht, dass es Deutschland und Frankreich, die traditionelle Verbündete der USA sind, weniger schwer fallen wird in der Welt nach dem Irak-Krieg den Schulterschluss zu Washington zu finden. Russland dagegen läuft Gefahr, plötzlich ganz isoliert zu werden, seine Optionen der Westintegration völlig zu verspielen.

Sollten die USA jedoch ihre Anti-Terrorallianz auf einer Zusammenarbeit mit der UNO gründen und sich die transatlantischen Risse wieder kitten lassen, wird der Pragmatiker Putin nicht lange zögern, in die strategische Partnerschaft mit Amerika zurückzukehren, die er, wenn man es genau nimmt, nicht

verlassen hat. Neben der langfristigen Befriedung des Nahen und Mittleren Ostens harrt ein anderes heikles Problem seiner Lösung: Nordkorea. Eine Entwaffnung dieses Regimes kann, angesichts der Möglichkeit des gegnerischen Einsatzes von Atomwaffen, nicht nach dem Vorbild des Iraks bewerkstelligt werden. In diesem Fall gibt es zu einer engsten Kooperation und Interessenangleichung der Mächte USA, Russland und China keine Alternative.

Die Deutsche Bank Research kommt in ihrer neuen Studie zu dem Schluss, dass Russland keine Alternative zum derzeitigen Modernisierungskurs habe, der aber die Aufgabe eines wesentlichen Teils der Großmachtambitionen zwingend notwendig mache. Russland muss mit wirtschaftlichen Argumenten seine internationale Position stärken. Ein Verzicht auf die traditionelle Rolle in der Weltpolitik würde jedoch Putins Autorität schaden. Putin ist immer für Überraschungen gut. Gerüchte in Moskau sprechen von einer Ablösung des zum Hauptangreifer Amerikas gewordenen Außenministers Iwanow durch einen mehr westlich orientierten Politiker nach dem Irak-Krieg.

Alexander Rahr, Alexandra Luchtai

Streit um Transitvisen

Kaliningrad Kompromiss nicht ausgereift

Am 12. März 2003 tagte in der DGAP der Arbeitskreis Kaliningrad. Vor Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien sprach der russische Sonderbevollmächtigte für Kaliningrad, Dmitrij Rogozin. Nach der EU-Osterweiterung wird die Enklave Kaliningrad vollständig von Mitgliedsländern der EU umgeben sein. Mit der Übernahme der Regelungen des Schengener Abkommens durch den Beitritt Polens und Litauens in die Europäische Union wird es zwischen Kaliningrad und dem russischen Hauptland keinen visumsfreien Verkehr mehr geben. Für Rogozin ist die „Zugänglichkeit und Offenheit des Kaliningrader Gebietes ein wichtiger Punkt in der Rehabilitierung der geographischen Karte Europas."

Rogozin kritisierte, dass das Interesse der EU-Kommission in Brüssel an Kaliningrad merklich nachgelassen habe. Brüssel denke, die schwierigen Fragen seien geregelt, aber Litauen würde neue Hindernisse bei der Transitregelung einführen. So hätte Vilnius eigenmächtig beschlossen, bei der Ein- und Ausreise nach Kaliningrad Sichtvermerke in die russischen Personalpapiere zu stempeln. Militärangehörige und Kleinkinder, die in Russland keinen Personalausweis besitzen, dürften infolge dessen Litauen nicht durchqueren. Wladimir Putins Sonderbevollmächtigter rief die deutsche Seite auf, in der Region politisch und wirtschaftlich mehr Flagge zu zeigen. Die bisherige Zurückhaltung von Regierungsseite sei Fehl am Platze. Der 750. Gründungstag von Königsberg und das Jubiläum zum Todestag von Immanuel Kant würden dazu eine einmalige Gelegenheit bieten. Laut Rogozin soll Kaliningrad/Königsberg seine historischen Wurzeln bewahren. Die EU beharrt auf festen Transit- und Visumsregelungen, damit Kaliningrad nach dem Beitritt Litauens und Polens zur EU nicht zu einem Einfallstor für illegale Einwanderung nach Westen wird. Brüssel zeigt sich jedoch kompromissbereit, die harten Visumsanforderungen des Schengener Abkommens in enger Kooperation mit russischen Regierungsstellen zu überprüfen, denn niemand ist an einer Isolation der Region interessiert. Auch Moskau, das die Einführung von Visa für seine Bürger als Verstoß gegen die russische Souveränität und Menschenrechte brandmarkt, vermeidet es,

sich über diesen Punkt mit der EU zu zerstreiten. Vielleicht liegt die Zukunft Kaliningrads im Status einer Pilotregion, die die Integration Russlands in die multilateralen Institutionen der EU fördern hilft.

Der Brüsseler Kompromiss

Auf dem EU-Russland-Gipfel am 11. November 2002 in Brüssel wurde folgender Kompromiss ausgearbeitet: Anstelle eines Visums wird vom 1. Juli 2003 an für russische Staatsbürger für Reisen von und nach Kaliningrad ein „Dokument für den erleichterten Transit" in zwei Varianten eingeführt – das normale Transitdokument für Mehrfachreisen mit einer Dauer von drei Jahren, das bei einer litauischen Behörde beantragt werden muss, und das vereinfachte Transitdokument, das von Zugreisenden für eine einmalige Hin- und Rückfahrt erworben werden kann.

Darüber hinaus einigte man sich darauf, dass bis zum Jahr 2004 in einer Machbarkeitsstudie durch unabhängige Fachleute geprüft werden soll, ob eine Schnellzug-Nonstop-Verbindung mit gemeinsamem Grenzschutz so sicher sein könnte, dass ein Abspringen aus dem fahrenden Zug verhindert werden würde. Denn dann könnte auf das besondere Transitdokument ganz verzichtet werden. Die Machbarkeitsstudie über einen Hochgeschwindigkeits-Sonderzug gibt der russischen Regierung Anlass zur Hoffnung, dass es sich bei der jetzigen Lösung nur um einen Übergang handelt. Ferner hat die EU dem russischen Vorschlag zugestimmt, Gespräche über eine langfristige beiderseitige Abschaffung der Visumspflicht zu beginnen. Im Gegenzug dazu hat sich die russische Seite auf dem Gipfel bereit erklärt, die Eröffnung von ausländischen Konsulaten in Kaliningrad zu prüfen.

Erste Schritte zur Umsetzung des Brüsseler Kompromisses wurden schon in die Wege geleitet. Bereits ab dem 1. Februar gelten in Litauen strengere Visumsregelungen für die Durchreise von Bewohnern der russischen Exklave Kaliningrad ins Mutterland. Nachdem bislang Reisende zwischen Kaliningrad und dem Hauptteil des Landes nur den Personalausweis vorlegen mussten, muss nun ein detaillierter Reiseantrag gestellt werden. Um den Grenzverkehr zu erleichtern, hat die EU Litauen 12 Mio. Euro zur Finanzierung des Kaliningrader Transits bereitgestellt. Dank der Brüsseler Finanzhilfe sollen die Reisedokumente für Zugreisende kostenlos ausgegeben werden und für Autofahrer höchstens fünf Euro kosten.

Doch Rogozin zeigte sich mit dem Kompromiss unzufrieden. Er vermisse eine abschließende Regelung. Es ginge nicht an, so Rogozin, dass für die Beantragung eines vereinfachten Transitdokuments der Reisende den Nachweis erbringen müsste, dass er einen gewichtigen Grund habe, um nach Kaliningrad einzureisen. Das zweite Dokument, eine vereinfachte Eisenbahnfahrkarte, die eine einmalige Einreise in das Gebiet Kaliningrad erlaube, könne nur an einer der 6.000 Reisekassen in der Russischen Föderation nach dem Ausfüllen eines fürchterlich umfangreichen Fragebogens beantragt und erst nach einer 24-stündigen Frist ausgestellt werden. Für Moskau habe sich, so Rogozin, Kaliningrad zu einer emotionalen Schlüsselfrage für die Beziehung zwischen Russland und der EU entwickelt. Die russische Seite sehe sich in ihrer nationalen Würde verletzt, wenn das Reisen nach Kaliningrad zukünftig von dem Wohlwollen der litauischen Behörden abhänge. Rogozin sagte, Russland würde eine Visumpflicht für EU-Bürger in die Exklave abschaffen, falls Brüssel sich in der Transitfrage kooperativ verhalte. Es freue ihn, dass Putin und EU-Kommissionspräsident Romano Prodi im Februar eine Arbeitsgruppe gegründet hätten, die jetzt prüfe, unter welchen Bedingungen die Visumpflicht für Russen in die EU abgeschafft werden könnte.

Die wirtschaftliche Zukunft Kaliningrads

Eine Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme Kaliningrads ist nicht in Sicht. Dazu hat der Brüsseler Gipfel nichts beschlossen. Die Transitfrage hat alle anderen Fragen im Zusammenhang mit der Zukunft Kaliningrads überlagert. Dabei sinkt der Lebensstandard in der Region gegenüber den Nachbarländern rapide ab. Rogozin eröffnete den erstaunten Experten des Arbeitskreises, dass die russische Regierung bedeutsame Maßnahmen zur Verbesserung der Investitionsstruktur in Kaliningrad plane. Andererseits biete das Aktionsprogramm der Nordischen Dimension bestimmte Entfaltungsmöglichkeiten. Neben erleichterter Zollabfertigung würde man durch den Bau der so genannten „Berliner Chaussee" – einer Straßenverbindung von Berlin nach Kaliningrad – den Gütertransport verbessern. Rogozin bat die Mitglieder des Arbeitskreises, einen konkreten deutschen Problemkatalog anzufertigen, den er Putin bei seiner nächsten Unterredung überreichen werde.

Nancy Windisch

Die Ukraine in der Irak-Krise

Ukrainische Widersprüche

Einerseits lehnt sich Kiew in den GUS-Strukturen wieder an Moskau an, andererseits sucht es – über die Unterstützung der USA im Irak-Krieg – den Weg in die NATO. Vor Beginn des Irak-Kriegs wollten führende ukrainische Politiker sich der „Achse" Berlin-Paris-Moskau annähern. Außenminister Anatolij Slenko war extra nach Berlin gereist, um in einem Gespräch mit seinem Amtskollegen Joschka Fischer auszuloten, ob die Ukraine durch ihre Unterstützung der „Achse" ihren Beitritt zur EU beschleunigen könnte. Die ukrainischen Oppositionsparteien, traditionell westlich ausgerichtet, stimmten gegen die Entsendung eines ukrainischen ABC-Waffenbataillons zur Unterstützung amerikanisch-britischer Truppen im Irak. Doch Präsident Leonid Kutschma suchte und fand wieder den Schulterschluss mit den USA – und konnte sich dadurch in den Augen Washingtons wieder rehabilitieren.

Julia Timoschenko, einst die Gaskönigin der Ukraine, jetzt Präsidentschaftskandidatin, hofft auf die Achse Berlin – Paris.

Die Ukraine befindet sich in einer außenpolitischen Isolierung, die sie unbedingt aufbrechen will. Den westlichen Medien ist das Land unwichtig geworden, was sich in der europäischen Außenpolitik gegenüber Kiew widerspiegelt. Im Gegensatz zu Europa, wissen die USA die strategische Wichtigkeit der Ukraine sehr wohl zu schätzen. Doch nachdem Kutschmas Leibwächter kompromittierende Kassettenaufzeichnungen in den Westen schmuggelte, die dazu führten, dass Kutschma mit dem Mord am Journalisten Georgij Gongadze und dem Verkauf von „Koltschuga"-Radarsystemen an den Irak in Verbindung gebracht wurde, sanken die Beziehungen Washingtons zur Ukraine auf ihren niedrigsten Stand. Kutschma wurde vom NATO-Gipfel ausgeladen, reiste aber trotzdem an. Diplomaten änderten hastig die Sitzordnung vom Englischen ins Französische, damit er nicht zwischen George W. Bush und Tony Blair sitzen musste. Inzwischen hat die US-Regierung ihre Position revidiert, weil eine Isolierung der Ukraine nur dem Anti-Amerikanismus und der ukrainischen Rückorientierung an Moskau dienen würde. Die USA gaben der Ukraine die erneute Chance, im Sinne des „neuen Europas" ein strategischer Verbündeter der USA zu werden.

Die bekannte Oppositionspolitikerin Julia Timoschenko kam am 17. Februar nach Berlin, um vor 200 Zuhörern in der DGAP für die „Achse" Berlin-Paris zu werben. Sie betonte, dass besonders jetzt Deutschland und Frankreich in ihrer „alteuropäischen" Position Verbündete bräuchten. Sie stellte die Ukraine als bisher vernachlässigten aber notwendigen Partner Europas dar. In diesem Sinne nützte Timoschenko kühn die gegenwärtige Krise in den transatlantischen Beziehungen, um Europas Unterstützung für die ukrainischen Oppositionskräfte zu gewinnen. Dasselbe tat übrigens einen Monat später Jurij Kostenko, der Koalitionspartner des anderen bekannten Oppositionspolitikers, Viktor Juschtschenko, bei seinem Vortrag in der Europäischen Akademie Berlin. Laut Timoschenko ist die Ukraine der Position des alten Europas näher als der aggressiven Außenpolitik der USA. Ihrer Meinung nach existieren zwei Weltordnungen, die der „militärischen Kaserne" und die eines „Kirchenchors". Als Optimistin glaube sie, dass für die Ukraine ein Übergang von einer Ordnung, die auf Macht, Druck und Diktatur basiert, in eine, die durch Harmonie und gegenseitiges Verständnis gekennzeichnet ist, möglich ist. In diesem Sinne könne sich die Ukraine entweder wie Polen oder wie Frankreich entwickeln, wobei sie, die „Jeanne d'Arc" der Ukraine, hofft, dass es sich an Frankreichs Modell annähern wird.

Maria Olson